

KAPSCHACK DIREKT

NEWSLETTER IHRES BUNDESTAGSAGBEORDNETEN
RALF KAPSCHACK



Inhalt

- Guten Tag S. 1
- Der Koalitionsvertrag S.2



- Sonderveranstaltungen im Deutschen Bundestag S. 3
- Die Ausschüsse beginnen mit der Arbeit S. 4
- Schwieriger Kompromiss beim Familiennachzug S. 4
- Doppelverbeitragung S. 5
- Im Gespräch: Sprechstunden und Hausbesuche S. 6
- Servicestelle für Menschen mit Behinderungen S. 7



- Unterwegs S. 8

Ausgabe 35 (02/2018)



Guten Tag,

lang genug hat es ja gedauert. Aber das Ergebnis kann sich sehen lassen: Zugegeben, die Umsetzung des SPD-Wahlprogramms ist es nicht. Aber der Entwurf des Koalitionsvertrages enthält viele Dinge, für die wir lange geworben und gekämpft haben. Von der Unterstützung für Familien, über eine Stabilisierung der gesetzlichen Rente, neue Chancen für Langzeitarbeitslose, die notwendige Diskussion über kommunale Altschulden bis zu einem Neubeginn in der Europapolitik.

Natürlich gibt es auch Schattenseiten: Eine Bürgerversicherung sucht man ebenso vergeblich wie eine steuerpolitische Weichenstellung, die starke Schultern wirklich mehr tragen lässt als schwache – so wie wir es fordern.

Es ist eine Frage der Abwägung. Soll man das, was durchsetzbar ist, aufgeben, weil das was nicht durchsetzbar ist, eben nicht durchsetzbar ist? Zu dem Ergebnis kann man kommen. Es ist aber nicht meins. Denn die Alternative wäre der Gang in Neuwahlen. Eine Minderheitsregierung etwa hat die CDU kategorisch ausgeschlossen.

Man muss keine Angst vor Neuwahlen haben, stimmt. Aber was soll dabei herauskommen? Sicher keine gestärkte SPD, die größere Chancen hätte durchzusetzen, was sie fordert.

Leicht macht es sich die SPD mit der Entscheidung, in eine Regierung einzutreten nun wirklich nicht. Jetzt haben unsere Mitglieder das Wort und die Entscheidung in der Hand.

Das ist gut so.

R. Kapschack



Ein Vertrag, eine Partei, eine Entscheidung

Den Unmut vieler Mitglieder der SPD kann ich gut verstehen. Nach dem Debakel bei der Bundestagswahl war für viele – auch für mich – eine Fortsetzung der großen Koalition ausgeschlossen. Dann platzten die Jamaika-Träume und die SPD musste sich entscheiden. Verweigerung oder Gespräche. Die Sondierungsgespräche führten dann auch für mich zu teilweise überraschenden Ergebnissen. Punkte die bislang mit der Union nicht realisierbar schienen, wie die Stabilisierung des Rentenniveaus, ein Sozialer Arbeitsmarkt, weitere Gelder für Kommunen, die Suche nach Lösungen der Altschulden-Problematik, ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung etc. – waren plötzlich in greifbarer Nähe. Allerdings wollte die Union dies nur in einer Neuauflage der Großen Koalition umsetzen. Gespräche über das Thema Minderheitsregierung lehnte sie ab.

Dann gab es nach dem knappen Votum des SPD-Parteitages Koalitionsverhandlungen. Das Ergebnis liegt vor und kann sich sehen lassen. Auch wenn manches fehlt, was uns wichtig ist – Bürgerversicherung, höhere Steuern für Reiche – haben wir eine Menge erreicht, was den Alltag vieler Menschen in diesem Land besser machen kann.

Der Kompromiss ist das Wesen der Demokratie, keine Seite kann ihre Vorstellungen zu einhundert Prozent durchsetzen. Gestalten kann nur, wer das beherzigt. Wir wollen, dass unsere Gesellschaft zusammenhält, dass Menschen spüren, dass wir uns um sie kümmern, ihre Sorgen ernst nehmen. Erreicht haben wir unter anderem:

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Einschränkung der sachgrundlosen Befristungen, die Abschaffung von endlosen Kettenbefristungen.

Das Rückkehrrecht in Vollzeit kommt. Damit Eltern Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren können, bekommen sie *einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen.*

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen in Zukunft weniger in die *Krankenkasse* ein. Für Beschäftigte und Arbeitgeber gilt dann wieder der gleiche Beitragssatz.



Die Verhandlungsführer der SPD.

Der Soli für Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen fällt weg. Das ist gerecht, denn dadurch werden 90 Prozent aller Steuerzahler entlastet – außer Topverdiener.

Arbeitsplätze für Frauen und Männer, die bislang keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt hatten. Endlich kommt der soziale Arbeitsmarkt für viele Menschen, die schon sehr lange Arbeit suchen.

Qualifizierung sichern, bevor Arbeitslosigkeit entsteht. Erstmals haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Recht auf eine Weiterbildungsberatung – damit der digitale Wandel der Arbeitswelt Chance für alle ist.

Für Kinder und Familien

11 Milliarden Euro mehr für beste Bildung. Damit alle Kinder – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern – die gleichen Chancen haben. Der Bund kann die Länder endlich finanziell dabei unterstützen, Schulen zu sanieren, sie ins digitale Zeitalter zu führen, Ganztagsbetreuung auszubauen und Kitagebühren abzuschaffen.

Auf der nächsten Seite geht es weiter ...



... Fortsetzung von Seite 2

Neustart in der Pflege

Durch *mehr Pflegekräfte* werden Pflegebedürftige besser versorgt und Angehörige entlastet. Außerdem werden Pflegerinnen und Pfleger in Zukunft besser bezahlt.

Deutliche Verbesserungen im Gesundheitssystem

Wir *verbessern die Leistungen für gesetzlich Versicherte* durch eine schnellere Terminvergabe und mehr Pflichtstunden bei Vertragsärztinnen und -ärzten. Die Zuschüsse für Zahnersatz werden erhöht.

Für Rentnerinnen und Rentner

Für ein besseres Leben im Alter. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss mehr haben als jemand,

der nicht gearbeitet hat. Dafür sorgen wir mit der neuen Grundrente.

Eine gute Rente. Wir heben das gesetzlich garantierte Rentenniveau an und halten die Beiträge stabil. Zudem verbessern wir die Erwerbsminderungsrente.

All dies ist für mich Grund genug, einen neuen Anlauf mit der Union zu starten. Dabei darf aber die notwendige Erneuerung der Partei nicht auf der Strecke bleiben. Deshalb finde ich es gut, dass die Parteivorsitzende künftig – anders als ihre Vorgänger – nicht in die Kabinettsdisziplin eingebunden sein wird. Damit gib es mehr Raum für eigenen Ideen und die notwendige Profilierung der SPD über die Regierungsarbeit hinaus.

Den Koalitionsvertrag im Wortlaut kann man [hier](#) lesen.

Hass ist ein Gift...

In den letzten zwei Januarwochen gab es mehrere Sonderveranstaltungen des Deutschen Bundestages: Die Feierlichkeiten zu 55 Jahren Élysée-Vertrag und die Veranstaltung anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus. Die Feierlichkeiten zu 55 Jahren Élysée-Vertrag und die gemeinsame Resolution des Bundestages und der Nationalversammlung für eine Erneuerung des Élysée-Vertrages stehen nicht nur für ein halbes Jahrhundert deutsch-französischer Freundschaft und Zusammenarbeit, sondern auch für Frieden in Europa. Dieses Signal der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der früheren „Erbfeinde“ Frankreich und Deutschland für ein solidarisches und friedliches Europa gibt Hoffnung auf eine friedliche Zukunft. Allerdings muss diese Zusammenarbeit gestärkt und fortentwickelt werden.

Besonders bewegt hat mich auch die Rede der Auschwitz-Überlebenden Anita Lasker-Wallfisch im Rahmen der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus.

Vor Abgeordneten des Deutschen Bundestags und vor Schülerinnen und Schülern aus ganz Europa und aus Israel hat sie unter großem Beifall gemahnt, Lehren, aus der Vergangenheit zu ziehen. „Hass ist ein Gift und es vergiftet am Ende uns selbst!“



Ausschwitz-Überlebende Anita Lasker-Wallfisch wird vom Bundespräsidenten Frank Walter Steinmeier in den Plenarsaal geführt, wo sie eine bewegende Rede hielt.

Bild: DBT/Melde



Die Ausschüsse beginnen mit der Arbeit

Auch in dieser Legislaturperiode werde ich als Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales mitarbeiten. Im Mittelpunkt dürfte dabei die vereinbarte Stabilisierung des Rentenniveaus, die Einführung einer Grundrente und nicht zuletzt die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes stehen. Neue Sprecherin für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Bundestagsfraktion ist Kerstin Tack aus Hannover.

Als stellvertretendes Mitglied bleibe ich im Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Neu ist dagegen meine Aufgabe als ordentliches Mitglied im Petitionsausschuss. Dort werde ich mich vor allem um Petitionen aus dem Bereich Arbeit und Soziales kümmern. Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe Petitionen ist Stefan Schwartze aus dem Kreis Herford.

Die SPD stellt die Vorsitzenden in fünf Ausschüssen: dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Ausschuss für Bildung und Forschung, dem Ausschuss für Kultur und Medien, dem Sportausschuss und dem Verteidigungsausschuss.

Die AfD hingegen führt den Haushaltsausschuss – das ist für die größte Oppositionsfraktion so üblich – den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und den Tourismusausschuss. Als demokratisch gewählte Partei im Bundestag stehen der AfD Ausschussvorsitze zu. Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktionen haben sich allerdings darauf verständigt, sich bei der Wahl der Vorsitzenden in diesen Ausschüssen zu enthalten.



Der Ausschuss für Arbeit und Soziales des 19. Bundestages hat sich am 31. Januar 2018 konstituiert.

Schwieriger Kompromiss beim Familiennachzug

Anfang Februar wurde über eine weitere Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten abgestimmt. Für mich steht außer Frage, dass geflüchtete Kinder und Eltern aus Krisenregionen zusammen gehören. Dazu bin ich überzeugt, dass eine gelungene Integration dann besser funktioniert, wenn Menschen sich nicht ständig um ihren Mann, ihre Frau und vor allem nicht um ihre Kinder Sorgen machen müssen. Aus diesem Grund habe ich bei der letzten Abstimmung 2016 gegen die Aussetzung des Familiennachzugs gestimmt.

Ich bin froh, dass die SPD in den Sondierungsgesprächen mit der Union eine Kompromissregelung

hat erreichen können, die ab August bedeutet, dass zumindest für 1.000 Menschen pro Monat der Nachzug möglich sein wird. So bitter es ist, für eine großzügigere Regelung gibt es im Deutschen Bundestag keine Mehrheit. Auch Jamaika war weit davon entfernt.

Ich halte den Kompromiss für einen wichtigen humanitären Fortschritt. Bei allen Bedenken habe ich einer einmaligen Verlängerung der Aussetzung bis zum 31.07.2018 zugestimmt. Das in der Erwartung, dass ab 01.08.2018 die von der SPD durchgesetzte Regelung zumindest 1.000 Menschen pro Monat wieder ermöglicht, bei ihrer Familie zu sein.



Doppelverbeitragung – Lösungen müssen her!

Vergangene Woche habe ich im Bundestag zum Thema „Krankenversicherungsbeiträge für Betriebsrenten“ geredet. Das Thema beschäftigt viele Menschen, die mir regelmäßig schreiben. Als der zuständige Berichterstatter habe ich mich im vergangenen Jahr intensiv mit der Verbesserung der betrieblichen Altersvorsorge beschäftigt. Sie ist für die SPD die beste Ergänzung zur gesetzlichen Rente, eine Ergänzung, kein Ersatz.

Wir haben im Rahmen des Betriebsrentenstärkungsgesetzes einiges erreicht: Wer in der betrieblichen Altersversorgung riestert, der muss beim Rentenbezug keinen Krankenversicherungsbeitrag mehr zahlen. Außerdem haben wir mit der Pflicht der Arbeitgeber, bei der Entgeltumwandlung den Großteil ihrer eingesparten Sozialbeiträge an die Beschäftigten weiterzugeben, die Belastung der künftigen Betriebsrentnerinnen und -rentner verringert. Ein Problem haben wir aber nicht gelöst, das muss man offen sagen: Und zwar die Frage der Krankenkassenbeiträge auf betriebliche Altersversorgung. Seit der Einführung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes (GMG) im Jahr 2004 sind Versorgungsbezüge aus betrieblicher Altersvorsorge, aber auch aus Direktversicherungen, in der Auszahlungsphase voll beitragspflichtig. In bestimmten Fällen sind sowohl in der Phase der Einzahlung, als auch auf die ausgezahlte Rente Krankenkassenbeiträge zu zahlen. Hintergrund der damaligen Änderung war die finanzielle Situation der Krankenkassen.

Gut gemeint ist allerdings längst nicht immer gut gemacht. Es gab keine Übergangsregelung und keinen Vertrauensschutz. Auch wenn das alles

höchststrichterlich akzeptiert worden ist: Ich kann gut nachvollziehen, dass viele das nicht verstehen und ungerecht finden. Was die Krankenkassenbeiträge angeht brauchen wir deshalb transparente und nachvollziehbare Regeln für alle Formen der



Meine Rede im Plenum zu diesem Thema kann man sich auch auf meiner [Homepage](#) anschauen.

betrieblichen Altersversorgung. Und um es klar zu sagen, die SPD ist dafür, dass Betriebsrentnerinnen und -rentner wie bei der gesetzlichen Rente, den halben Krankenkassenbeitrag zahlen. Ich hoffe, dass wir uns mit unserem Koalitionspartner darauf verständigen, dass da etwas passieren muss, auch wenn dazu nichts im Koalitionsvertrag steht. Außerdem muss auch ernsthaft geprüft werden, wie etwas für die Gruppe der Direktversicherten getan wird, die ihre Verträge vor 2004 abgeschlossen haben und die von den Änderungen damals kalt erwischt worden sind. Solche rückwirkenden Lösungen, besonders für bereits ausgezahlte Verträge, sind vermutlich kompliziert – aber wir sollten es zumindest versuchen. An der SPD wird es jedenfalls nicht scheitern.



Auf ein Wort mit dem Bundestagsabgeordneten

Trepp' rauf, Trepp' runter: Das kann manchmal ganz schön schweißtreibend sein. Aber trotzdem machen meine Hausbesuche richtig Spaß! Seit der Bundestagswahl bin ich jeden Monat in den Städten meines Wahlkreises unterwegs und klinge an den Wohnungstüren, um ins Gespräch zu kommen. „Guten Tag, ich bin Ralf Kapschack, Ihr Bundestagsabgeordneter.“ Viele sind positiv überrascht: Sie freuen sich, „dass mal jemand hier vorbeikommt und zuhört, nicht nur vor Wahlen“.

Ich möchte zeigen: Sie können gerne zu mir kommen – ich mache mich aber auch auf die Socken und komme zu Ihnen! Denn mich gibt es wirklich, nicht nur auf Plakaten. An der Wohnungstür lernen mich die Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis kennen, stellen Fragen, teilen ihre Sorgen, loben mich oder sagen mir, was ich oder die SPD besser machen müssen – direkt und unverblümt.

Da geht es zum Beispiel um eine kleine Rente nach jahrzehntelanger Arbeit. Oder um unterbesetzte Pflegeeinrichtungen. Das, was ich von den Leuten aus meinem Wahlkreis an Lob, Kritik, Fragen und Anregungen mitnehme, bringe ich gerne in Berlin ein. Rente und Pflege, das sind nur zwei von vielen Themen, bei denen wir für die Menschen in den Koalitionsverhandlungen einiges erreichen konnten: zum Beispiel ein stabiles Rentenniveau bis 2025, eine Grundrente für langjährig Versicherte und ein Sofortprogramm für 8000 zusätzliche Pflegekräfte. Ich würde mir noch weitere Verbesserungen wünschen, aber es ist ein Anfang.

Übrigens ist bei den Hausbesuchen auch immer ein örtliches SPD-Mitglied mit dabei. Denn nicht selten geht es auch um Probleme vor Ort: mit der Müllabfuhr, mit Rasern, dem verstopften Gullydeckel oder dem Gehweg, der für Rollstuhlfahrer zu eng ist.

Aber, wie gesagt: Sie können auch gerne zu mir kommen. An meinen monatlichen Sprechstunden in meinen Wahlkreisbüros Hattingen und Witten haben viele Bürgerinnen und Bürger Interesse.



Im Gespräch mit einem Wittener Bürger in meinem Wahlkreisbüro.

Das zeigt mir: Eine feste Sprechstunde ist sinnvoll und trifft den Nerv. Es hat sich gezeigt, dass sehr oft bei Renten-, Versicherungs- und Wohnungsfragen der Schuh drückt. Wenn ich kann, helfe ich, nutze Kontakte und gebe Tipps, um Probleme zu lösen. Einer älteren Dame konnte ich den Weg zu seniorengerechtem Wohnen in Hattingen aufzeigen. Einem Herrn konnte ich mit einem Kontakt zur Hattinger Erwerbslosenberatung weiterhelfen. Einem Ehepaar habe ich den künftigen Mietspiegel, der zu hohe Mieten verhindern soll, zur Verfügung gestellt. Und eine andere Familie lebt nahe einer Brücke in Witten und sorgt sich vor dem geplanten Umbau: Für sie habe ich einen Kontakt zu unserem zuständigen Ratsmitglied hergestellt, das mit den Planern sprechen wird.

Termine der Sprechstunden finden Sie ganz einfach auf meiner [Homepage](#), in der Zeitung, auf Facebook oder in diesem Newsletter (letzte Seite). Dort finden Sie auch meine Kontaktdaten.

Vielleicht sehen wir uns dann ja bald?



Neue Servicestelle für Menschen mit Behinderung

In meinem Wahlkreis leben etwa 32.000 schwerbehinderte Menschen, also Männer, Frauen und Kinder, die zum Beispiel blind, taub oder auf einen Rollstuhl angewiesen sind. Sie und alle anderen behinderten Menschen im EN-Kreis bekommen nun eine neue Beratungsstelle in Witten, bei der sie Information und Aufklärung über ihre Rechte erhalten können. Gefördert wird das Angebot vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Anbieter ist der Paritätische Wohlfahrtsverband.

Die neue Servicestelle wird die Betroffenen spürbar entlasten. Wer ein Handicap hat, braucht oft Unterstützung, etwa RehaMaßnahmen oder eine Hilfskraft. Bislang war das mit großen Anstrengungen und vielen Behördengängen verbunden. Denn oft konnten oder können Stellen nicht sagen, welcher Leistungsträger im konkreten Fall zuständig ist. Man wird von A nach B und C geschickt – den Menschen, die es schon schwer genug mit dem normalen Alltag haben, ist das nicht zuzumuten! Vielen stößt zudem sauer auf, dass es keine wirkliche trägerunabhängige Beratung gibt.

Hier setzt das Angebot in Witten an. Denn die neue Beratungsstelle ist unabhängig und ergänzt andere Beratungsangebote. Hier wissen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche Rechte man hat und welcher Leistungsträger zuständig ist – also zum Beispiel die Krankenkasse oder die Rentenversicherung. Eine weitere Besonderheit: Auch Männer und Frauen, die selbst ein Handicap haben, sollen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Sie haben einen unmittelbaren Bezug zu anderen Menschen mit Behinderung.

Wie wichtig so eine Beratung für Betroffene ist, zeigt das Beispiel einer Frau, die sich vor kurzem an mich gewandt hatte. Aufgrund einer Erkrankung ist

sie auf spezielle Nahrung angewiesen. Diese würde sie gerne selbst kaufen und nicht immer erneut beantragen. Dafür würde sie gerne das sogenannte „Persönliche Budget“ in Anspruch nehmen. Wie die Dame mir sagte, würden sich viele Stellen bzw. Behörden aber nicht mit dem „Persönlichen Budget“ auskennen oder fühlten sich nicht zuständig. Die unabhängige Teilhabeberatung wäre in diesem Fall sicher viel wert.



Mit Mechthild Weickenmeier (l.) vom Paritätischem Wohlfahrtsverband und Anke Steuer (r.) von der Selbsthilfekontaktstelle bei der Vorstellung der Kontaktstelle.

Ich freue mich auch deshalb so sehr über das Beratungsangebot, weil es auf dem „Bundesteilhabegesetz“ beruht. Das Gesetz war der SPD in den vergangenen vier Jahren ein Herzensanliegen. Auch ich durfte im Ausschuss für Arbeit und Soziales daran mitarbeiten, Menschen mit Handicap mehr Teilhabe zu ermöglichen. Nun sieht man: Die Hilfe kommt vor Ort an!

Die neue Servicestelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes öffnet voraussichtlich Anfang April, und zwar in den Räumen der Selbsthilfekontaktstelle, Dortmunder Straße 13, Witten.



Unterwegs



Im Café Miteinander in Sprockhövel sprach ich mit Ingrid Leukers-Bölicke Amer und Hussein (v.l.n.r.) über Erfolge und Probleme der Integration von Geflüchteten in Deutschland.



Mit der Landtagsabgeordneten Dr. Nadja Büteführ besuchte ich das Nachbarschaftsnetzwerk Ende in Herdecke. Das tolle Integrationsprojekt wird vom BAMF gefördert.



Jasmin Simmann (Vordergrund) wurde für ihre erstklassige Ausbildungsleistung von der IHK Mittleres Ruhrgebiet mit dem Max-Greve-Preis ausgezeichnet. Im Hintergrund stehen ihre Betreuer.



Jennifer Jaque-Rodney, eine Hattinger Sozialwissenschaftlerin und Hebamme, besuchte mich im Wahlkreisbüro und hielt ein Plädoyer für die Konzepte der Familienhebamme und „Frühe Hilfe“.



Zusammen mit Franz Müntefering habe ich Helene Schürmann (95) in Sprockhövel für 70 Jahre in der SPD geehrt. Dabei waren Rainer Bovermann (Mdl) und Sprockhövels SPD-Vorsitzende Marion Prinz (Bild l.). Der Vorsitzende des Ortsvereins Witten Innenstadt Wolfgang Lukas ehrte Waltraud Schlichter (r.) für 25 Jahre Mitgliedschaft und Elfriede Lüpke nahm die Ehrung ihres Ehemannes Kurt für 50 Jahre Mitgliedschaft in der SPD entgegen (Bild r.).





Energie als Luxus. Rafael Lech (Leiter der Verbraucherzentrale Witten), Stephanie Kosbab (Leitung Projekt „NRW bekämpft Energiearmut“), und Fachberaterin Janina Köster und Regionalleiterin Helga Schuppert (v.l.n.r.) sprachen mit mir über das ernste Problem der sogenannten Energiearmut.



Kassierer für einen guten Zweck: An der Kasse des Edeka-Markt in Witten-Heven konnte ich 300€ für den Verein Ruhrtal Engel e.V. sammeln, der z.B. für bedürftige Kinder und Jugendliche ein warmes Mittagessen kocht. Marktleiter Norbert Bertram und ich rundeten den Betrag auf 500€ auf.



Beim Seniorenfrühstück im Schwedenheim in Witten habe ich über die aktuellen Entwicklungen in Berlin berichtet. Danke für die Einladung!



Bei Hausbesuchen in Hattingen mit Magret Melsa, der stellvertretende Bürgermeisterin, habe ich auch bei einer Familie geklingelt, die gerade eingebürgert worden ist.



Die SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet treffen sich regelmäßig in Berlin (Bild l.), zuletzt aber auch zu einem Gespräch mit der Chefredaktion der WAZ in Essen (Bild r.).



KAPSCHACK DIREKT

KONTAKT BERLIN

PLATZ DER REPUBLIK 1

11011 BERLIN

TELEFON:

030 227 -75601 /-75602

KONTAKT WAHLKRE

ANNENSTR. 8

58453 WITTEN

TELEFON:

02302/2779444

BAHNHOFSTR. 24

45525 HATTINGEN

TELEFON :

02324/501690

E-MAIL:

RALF.KAPSCHACK@BUNDESTAG.DE

ONLINE:

WWW.RALF-KAPSCHACK.DE

FACEBOOK.COM/ESGEHTUMGERECHTIGKEIT

Bürgersprechstunde

am 13. Februar 2018

um 16.00 – 18.00 Uhr

in Witten

und

am 14. Februar 2018

um 16.00 – 18.00 Uhr

in Hattingen

Um Voranmeldung wird gebeten.

Alle Kontaktdaten finden Sie auf dieser Seite.

Ich freue mich auf das Gespräch!

